

Die Rote Feder

Muss erst ein Unglück geschehen?

50 km/h-Beschränkung beim Gasthaus Luger lässt auf sich warten

Nach einem Gespräch mit der Familie Luger brachte die SPÖ am 26. Juni dieses Jahres den Antrag auf eine Temporeduzierung für den Straßenverkehr auf 50 km/h im Bereich ihres Gasthauses in Kramesau ein.

Radfahrer, Hafenbenutzer, Hotelgäste und spielende Kinder auf dem Spielplatz sowie die schlechte Einsicht in den Trepelweg beim Verlassen des Parkplatzes erachten wir von der SPÖ als völlig ausreichende Begründungen für eine ehestmögliche Temporegulierung in diesem Bereich. Obwohl zahlreiche Gemeinderatskollegen unsere Ansicht teilten, wurde beschlossen, erst eine Überprüfung und ein Gutachten eines Sachverständigen

vom Amt der oö. Landesregierung abzuwarten.

Verantwortungslose Position

Seither ist ein halbes Jahr vergangen, ohne dass sich in der Angelegenheit etwas bewegt hat. Schon bei der Sitzung waren wir bestürzt über die verantwortungslose Position eines Gemeinderatskollegen, der lapidar meinte, man solle dort Kinder ohnehin nicht unbeaufsichtigt spielen lassen.

Bei solchen Ansichten muss man sich schon die Frage gefallen lassen, ob noch ein Unglück geschehen muss, ehe sich der Hausverstand durchsetzt und das Tempolimit umgesetzt wird.



Anderswo stehen Verkehrsschilder, die viel weniger geeignet sind, Leben zu retten, als die von der SPÖ Neustift geforderte Geschwindigkeitsbeschränkung beim Gasthaus Luger.

Liebe Neustifterinnen, liebe Neustifter,

seit einem Jahr ist die Bundesregierung nun im Amt. Und wir erleben täglich, was sie unter ihrer „Politik neuen Stils“ versteht: Überstürzt werden die Versprechen an die Wahlkampfunterstützer der Kanzlerpartei umgesetzt – 12-Studententag und Kassenreform sind wahrscheinlich die bisher größten Angriffe auf das konsensorientierte Arbeitsleben und Sozialgefüge in Österreich. Denn beide bedeuten eine massive Schwächung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land und einen Macht- und Einflusszuwachs für die Wirtschaft an allen Fronten. Der Koalitionspartner tritt entgegen allen Ankündigungen niemals für den „kleinen Mann“ ein, sondern trägt diese Entwicklungen mit, um sich dafür die rassistischen, fremdenfeindlichen, antisemitischen und islamophoben Ausritte seiner Funktionäre und Mitarbeiter totscheiden zu lassen. So stützen sie sich gegenseitig.

Vieles, das wir heute auf Bundesebene erleben, haben die schwarzblauen Vorreiter in Oberösterreich schon zwei Jahre zuvor eingeleitet. Das Motto: „Alles für die Wirtschaft, Nepp für die Menschen ohne Lobby“.

Die wichtigste Lobby der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind derzeit Gewerkschaften und Arbeiterkammer. Wie schwierig die Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Wirtschaft geworden ist, zeigen die Zahl der Sitzungen und die Intensität der diesjährigen Kollektivvertragsverhandlungen. Hier versuchen die Gewerkschaften, die volle Härte der neuen Gesetze im Sinne der Beschäftigten abzufedern. Übrigens verhandeln sie die Kollektivverträge für alle Beschäftigten, auch für jene, die nicht Mitglied sind. Die besten Karten für diese Verhandlungen haben sie jedoch logischerweise in Branchen mit vielen Mitgliedern.

Es ist also heute so wichtig wie nie, Gewerkschaftsmitglied zu sein oder jetzt zu werden - im eigenen Interesse: Alleine die rechtliche Beratung und Vertretung sowie der Versicherungsschutz können im Fall der Fälle existenzrettend sein.

Der SPÖ mit ihrer neuen Vorsitzenden Dr. Pamela Rendi-Wagner wünsche ich mehr Mut und Konzept für die Oppositionsarbeit als bisher. Eine Rückkehr an die Spitze der Bundesregierung wird wohl nur mit Mut, Ausdauer und guten Koalitionen zu schaffen sein. Werner Kogler von den Grünen hat seine Zusammenarbeit angeboten. – SPÖ, Gewerkschaften und die Grünen sollten eine „Allianz der Vernunft“ bilden, um dem Wüten gegen unser Land, die Demokratie und die Menschen ein Ende zu setzen.

Ich wünsche Ihnen in dieser aufgebrauchten Zeit ein besinnliches Weihnachtsfest mit Ihren Lieben. Nehmen wir uns alle Zeit für Besinnung, Reflexion und Innehalten.

Herzlich, Ihr Joe Kaiser



Noch immer keine Dantlbachbewilligungen

Wann übernimmt Neustift endlich Straßengrundstück von der Via Donau?

Bereits im Februar dieses Jahres übergaben betroffene Bürger eine Petition samt Unterschriftenliste an Bürgermeister Rauscher, verbunden mit der Bitte, rasch eine Lösung für die derzeit nicht verfügbaren Dantlbachbewilligungen zu finden. Fakt ist, dass der Treppelweg gut ausgebaut ist, sich aber im Eigentum der Via Donau befindet, weshalb die Gemeinde Neustift nicht für die Ausstellung von Bewilligungen zuständig ist. Um endlich handlungsfähig zu werden, sprechen wir von der SPÖ uns dafür aus, dass das Straßengrundstück rasch von der Via Donau in das öffentliche Gut der Gemeinde abgetreten wird. Die Gemeinde Neustift könnte dadurch endlich entsprechende Bewilligungen ausstellen und die betroffenen BürgerInnen könnten wie früher die für sie wichtige Verbindung nach Oberzell nützen und ersparen sich so einen Umweg von ca. 15 km.



Zumutung für alle Betroffenen

Um dem Wunsch der betroffenen BürgerInnen mehr Gewicht zu verleihen, forderten wir bei der Gemeinderatssitzung im Februar einen Grundsatzbeschluss, damit eine rasche Lösung gefunden werden kann. Leider wurde diesem Antrag vom Gemeinderat nicht mehrheitlich

zugestimmt. Bis heute gibt es keine Lösung – eine Zumutung für die betroffenen Neustifterinnen und Neustifter! Wir erwarten uns von der Gemeinde mehr Interesse in dieser Sache. Die Unterschriftenliste sollte nicht in einer Schublade verstauben, die BürgerInnen erwarten eine Antwort!!

Hallenbad Rohrbach

Schon im Dezember 2017 befasste sich der Gemeinderat mit dem geplanten Erlebnisbad in Rohrbach-Berg. Neben dem Land OÖ sollten sich auch alle Gemeinden im Bezirk an der Finanzierung beteiligen. Für Neustift wären rund 7.800 Euro pro Jahr vorgesehen gewesen. Für uns waren die Berechnungen nicht nachvollziehbar und der finanzielle Spielraum der Gemeinde schrumpft ohnehin. Darum haben wir das Projekt abgelehnt. Und mit dem pnb in Passau gibt es für die Neustifter auch eine günstige Variante eines Erlebnisbades.

In der Dezembersitzung 2018 steht das Hallenbad wieder auf der Tagesordnung – jetzt mit einem Betrag von ca. 4.000 Euro pro Jahr für Neustift. Wir sehen auch dieses Angebot kritisch, wengleich das Projekt für die Standortgemeinde Rohrbach-Berg sicher positiv ist.

PVÖ – echte Interessenvertretung

Der Pensionistenverband verbindet heute die aktive politische Interessenvertretung der älteren Generation mit einem reichhaltigen Freizeit- und Reiseangebot.

Als der PVÖ 1949 als „Verband der Arbeiter-, Unfall-, Landarbeiterrentner und Gemeindebefürsorgten Österreichs“ gegründet wurde, gab es noch keine umfassende Altersversorgung, kaum Leistungen für Witwen, überhaupt keine für Gewerbetreibende und Bauern.

Viele ältere Menschen in Österreich waren damals auf die Fürsorgeunterstützungen („Fürsorgerente“) der Gemeinden angewiesen. Deshalb stand der Kampf gegen die Armut in den ersten 15 Jahren im Zentrum der Arbeit des PVÖ. Ab den 1970er-Jahren - beginnend mit der Ära Kreisky - trat eine Reihe von Verbesserungen des Sozialsystems in Österreich in Kraft: Witwen- und Bauernpension, Hilf-

losenzuschuss, Ausgleichszulagen, Gebührenbefreiungen und anderes mehr. Nach der finanziellen Absicherung konzentrierte sich der Verband, seit 1975 „Pensionistenverband Österreichs“ (abgekürzt: PVÖ) genannt, auf den Kampf gegen die Einsamkeit, die Förderung der Lebensfreude und die Etablierung der Mitspracherechte der älteren Generation. Mit der Stärke seiner 385.000 Mitglieder hat der Pensionistenverband gerade in jüngster Vergangenheit große Erfolge für die gegenwärtigen Pensionisten und für viele zukünftige Generationen von Pensionisten erreicht: mehr Pension, höheres Pflegegeld, zusätzlicher Teuerungsausgleich oder auch den Heizkostenzuschuss.

SPÖ - Wir arbeiten für Neustift

Die SPÖ Neustift bemüht sich ein ganzes Jahr über, gute Arbeit im Sinne der Neustifterinnen und Neustifter zu leisten. Wir arbeiten aktiv im Gemeindevorstand, in den Ausschüssen und im Gemeinderat mit, um Entscheidungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu treffen und Transparenz zu schaffen. Nachfolgend finden Sie die wichtigsten Themenpunkte aus den Gemeinderatssitzungen 2018 (unabhängig vom Abstimmungsverhalten) – die vollständigen Protokolle finden Sie wie immer auf unserer Webseite:

Februar:

- Beratung betreffend Vorgehensweise Dantlbachbewilligung: Übergabe einer Petition inkl. Unterschriftenlisten von betroffenen GemeindebürgerInnen
- Beratung zum EU-Förderprogramm für den Ausbau öffentlicher Hotspots (W-LAN)
- Sanierung Kanalbau – Zone A; Auftragsvergabe betreffend Projektierung bzw. Abschluss eines Ziviltechnikerwerkvertrages

März:

- Kenntnisnahme Kooperationsräume im Bezirk Rohrbach

Mai:

- **SPÖ-Anfrage** zum aktuellen Stand der Fahrerlaubnis am Treppelweg (Dantlbachbewilligung)
- Beschluss zum Verkauf des Grundstücks neben Volksschule Neustift
- Neuwahl/Neubestellung Pflichtbereichskommandant

Juni:

- Beschlussfassung betreffend Einreihung der Gemeinde Neustift i.M. in die Tourismus-Ortsklasse B
- **SPÖ-Antrag:** Beratung und Beschlussfassung über eine Temporegulierung im Bereich des Gasthauses Luger, Kramesau
- **SPÖ-Antrag:** Grundsatzbeschluss zur Intensivierung der Verhandlungen bzgl. Übernahme des Treppelweges Kramesau in das Gemeindeeigentum

September:

• **SPÖ-Anfragen:**

- Anfrage zur Umfrage „Schnelleres Internet für Neustift“.

Das Ziel dieser Umfrage ist uns nicht ganz klar, da der Großteil des Gemeindegebiets zu diesem Zeitpunkt schon als Fördergebiet eingereicht war. Zudem wurden dem Gemeinderat die Ergebnisse nie zur Kenntnis gebracht.

- Kooperationsräume im Bezirk: Was ist der aktuelle Stand, gibt es laufende Planungen etc.?

Oktober:

- Information und Beratung über
 - Beteiligung am Bezirkshallenbad Rohrbach
 - Beitritt zum gemeindeübergreifenden Standesamtsverband des Bezirks Rohrbach

Dezember:

- Grundsatzbeschluss betreffend Beitritt zum gemeindeübergreifenden Standesamtsverband des Bezirks Rohrbach
- Errichtung und Beteiligung an einem regionalen Erlebnishallenbad in Rohrbach-Berg – Neues Finanzierungsmodell



„Es geht nix weida“

Das hören wir in letzter Zeit immer häufiger im Gespräch mit Neustifterinnen und Neustiftern. So herrscht seit fast einem Jahr Stillstand bei den Dantlbachbewilligungen und die rasche Umsetzung der 50 km/h-Beschränkung beim Gasthaus Luger könnte unter Umständen schwere Unfälle verhindern. Die Beispiele zeigen, wie wenig sich die Menschen in Neustift darauf verlassen können, dass der Bürgermeister Missstände aktiv angeht und zum Wohle und zur Sicherheit der Bevölkerung Entscheidungen trifft. Diese Untätigkeit fördert das Misstrauen gegen die Politik.

Joe Kaiser: „Bürgermeister Rauscher hat angekündigt, in der laufenden Periode sein Amt zurückzulegen. Wenn er jetzt nur lang genug zu bleiben beabsichtigt, um keine Bürgermeister-Neuwahlen abhalten zu müssen, tut er das auf dem Rücken der Bevölkerung. Wenn er einen guten Kandidaten oder eine gute Kandidatin hat, braucht er keine Wahl zu fürchten und die Neustifterinnen und Neustifter könnten ihren Bürgermeister selbst wählen.“



Das Geheimnis der Weihnacht besteht darin, dass wir auf unserer Suche nach dem Großen und Außerordentlichen auf das Unscheinbare und Kleine hingewiesen werden.

Die SPÖ-Ortsorganisation Neustift wünscht allen frohe Weihnachten sowie Zufriedenheit und Gesundheit im Jahr 2019!



DAS SCHUTZSCHILD DER ARBEITNEHMERINNEN

Egal ob beim 12-Stunden-Tag oder bei der Kinderbetreuung – die FSG setzt sich für die Beschäftigten im Bezirk Rohrbach ein.



„Wir sind das letzte Schutzschild, das die ArbeitnehmerInnen noch haben“, sind sich AK-Präsident und FSG-Spitzenkandidat Johann Kalliauer, der Betriebsrat und Kammerrat Ewald Baumann, FSG-Bezirksvorsitzender Franz Rauscher und der Bürgermeister von Haslach, Bundesrat Dominik Reisinger, einig.

Die Einführung des 12-Stunden-Tages oder der Kindergartensteuer setzen die ArbeitnehmerInnen mehr denn je unter Druck. Im Oktober setzten SPÖ und FSG in der Arbeiterkammer Rohrbach ein Zeichen: „Wir werden

da sicher nicht tatenlos zuschauen, denn wir sind das letzte Schutzschild, das die ArbeitnehmerInnen jetzt noch haben“, sagte AK-Präsident und FSG-Spitzenkandidat für die AK-Wahl 2019, Hans Kalliauer.

Gemeinden: Verlässliche Bündnispartner

Die Arbeiterkammer gehört zu den letzten Bastionen in Oberösterreich. Im März 2019 wird es bei den AK-Wahlen darum gehen diesen Schutzwall für die ArbeitnehmerInnen zu verteidigen. Um 2019 ein ebenso sensationelles FSG-Ergebnis wie bei der letzten AK-Wahl erreichen zu können, braucht es schlagkräftige und verlässliche Bündnispartner, dazu gehören etwa die Gemeinden. Deshalb luden FSG-Bezirksvorsitzender Franz Rau-

scher, FSG-Landesvorsitzender Andreas Stangl und AK-Präsident und FSG-Spitzenkandidat Hans Kalliauer das „Who ist Who“ der SPÖ in Rohrbach zu einem Vernetzungstreffen ein. „Gemeinsam sind wir stark – das haben wir schon bei der letzten AK-Wahl unter Beweis gestellt. Auch dieses Mal wollen wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Interessen der Beschäftigten im Bezirk Rohrbach nicht unter die Räder kommen“, so Andreas Stangl.

SOZIALDEMOKRATISCHE
GEWERKSCHAFTERINNEN 



neustift.spooe.at



[spoe.neustift](https://www.facebook.com/spoe.neustift)



neustift.spooe.at/newsletter/



spoe-neustift@a1.net

